

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Europafragen und Eine Welt

**Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2
GOLT**

Die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit Schreiben vom 28. April 2014 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

**„Ruanda und die Partnerschaft mit Rheinland-Pfalz 20 Jahre
nach dem Genozid“.**

Begründung:

Seit 1982 pflegt das Land Rheinland-Pfalz eine intensive und vielbeachtete Graswurzelpartnerschaft mit dem Partnerland Ruanda und war damit das erste Bundesland, das eine Partnerschaft mit einem Entwicklungsland einging. In zahlreichen dezentralen Partnerschaftsinitiativen auf lokaler Ebene findet ein Austausch von Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinden, kirchlichen Einrichtungen, Vereinen und anderen gesellschaftlichen Gruppen beider Länder statt.

Als am 7. April 1994 der Genozid in unserem Partnerland begann, starben innerhalb von wenigen Wochen mehr als 800.000 Menschen. Trotz dieses schrecklichen Ereignisses wurde die Partnerschaft mit Ruanda weiter intensiv gepflegt und existiert bis heute. Dies wurde auch nochmals bei der Delegationsreise unter Leitung des Innenministers anlässlich der Gedenkveranstaltungen Anfang April sehr deutlich.

Allerdings wurden im Zusammenhang mit der umfangreichen Berichterstattung rund um den 20. Jahrestag des Beginns des Genozids Einschränkungen bei der Pressefreiheit und das fehlende Demokratieverständnis der ruandischen Regierung immer wieder kritisiert.

Die Landesregierung wird um Berichterstattung gebeten, wie Rheinland-Pfalz die Partnerschaft in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Demokratisierung und nachhaltige Entwicklung in unserem Partnerland stärken und einen Rechtsstaatsdialog initiieren will.